



Offene Debatten – besseres Bauen!

Wie internationale Beispiele zeigen, fördert die Mitbestimmung der Bevölkerung die stadtplanerische Qualität und Kreativität. In Österreich ist man diesbezüglich noch zurückhaltend.

Von Reinhard Seiß

In vielen Städten werden die Planungen von den Bürgern mitbestimmt – wie etwa im brasilianischen Porto Alegre, wo dieses Detail zu sehen ist. Foto: Marko Djurica/Reuters

Partizipation ist in Österreich kein Liebling von Politik und Planung. Den Entscheidungsträgern wird – nicht ohne Grund – oft vorgehalten, sie würden Anregungen aus der Bevölkerung nur widerwillig entgegennehmen und in der Regel nur das tun, was sie selbst für richtig hielten. Den Bürgerinnen und Bürgern wiederum wird gern nachgesagt, sie hätten weder Ahnung noch Interesse – und wenn sich jemand engagiere, dann aus rein egoistischen Motiven.

Mangel an Transparenz

Nur wenige Städte und Gemeinden sind hierzulande bemüht, die Betroffenen in Planungsentscheidungen so miteinzubeziehen, dass von ernstgemeinter Intention, professioneller Partizipation und einem transparenten demokratischen Prozess die Rede sein kann. Dies führt vielfach zu einer abgehobenen, sich verselbständigenden Planung und lässt den Großteil der Bevölkerung ahnungslos, teilnahmslos und oft auch frustriert im Abseits.

Eine zukunftstaugliche Entwicklung unseres Siedlungsraums ist nur dann möglich, wenn sie von der Mehrheit der Menschen verstanden, gewollt

und unterstützt wird. Denn Österreichs Politik ist, insbesondere auf Bundes- und Landesebene, frei von jedem Verdacht, als nachteilig erkannte, aber zur Gewohnheit gewordene Entwicklungen von sich aus durch gesetzliche Regelungen oder eine faire Kostenverteilung stoppen zu wollen – sei es die überbordende Automobilität, sei es der Wildwuchs an Einkaufszentren oder der horrende Bodenverbrauch durch freistehende Einfamilienhäuser.

Umgekehrt bestätigen all jene Lokalpolitiker, die sich auf das Wagnis Partizipation eingelassen haben, dass der Innovationsgrad der Planung, die Qualität und Nachhaltigkeit ihrer Umsetzung und schließlich auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Ergebnisse um ein Vielfaches höher sind als bei herkömmlicher Planung und Realisierung.

Zudem wäre mehr Partizipation in der Kommunal- und Regionalplanung ein Vehikel, die demokratische Praxis in Österreich generell auf ein höheres Niveau zu heben – bei allen Beteiligten, so auch bei der „Vierten Gewalt“ im Staat. Österreichs Medien kommen beim Thema Siedlungsentwicklung kaum ihrer Aufgabe, zu informieren und zu kontrollieren, nach. Im Gegenteil: Das Gros der

„Eine zukunftstaugliche Entwicklung unseres Siedlungsraums ist nur dann möglich, wenn sie von der Mehrheit der Menschen verstanden, gewollt und unterstützt wird.“

heimischen Presse lebt von Insekten nicht zuletzt aus der Bau-, Immobilien- und Automobilwirtschaft. Dem wird allzu oft durch redaktionelles Stillschweigen zu heiklen Themen oder durch geradezu propagandistische Berichterstattung über neue Projekte Rechnung getragen.

Bei strittigen Planungen schlagen sich manche Zeitungen gar auf eine Seite, anstatt ausgewogen Für und Wider zu beleuchten. Der gutdotierte Kreuzzug des größten Salzburger Boulevardblatts gegen die Grüne Raumordnungslandesrätin und für weitere Einkaufszentren – ganz im Interesse des regionalen Branchenführers – ist ein publizistisches Lehr-

beispiel für die unheilige Allianz zwischen Wirtschaft und Journalen. Schlägt man dagegen die „Neue Zürcher Zeitung“ auf, so liest man etwa im Vorfeld von Volksentscheiden über mehrere Tage hinweg ausführliche Pro- und Contra-Argumente von externen Fachleuten sowie – klar als solche gekennzeichnet – die Meinung der Redaktion dazu.

Zudem legt das Schweizer Qualitätsmedium die Kosten und Nutzen von Projekten offen, und erläutert insbesondere bei öffentlichen Investitionen, dass beispielsweise ein Straßenbau auf Jahre hinaus Mittel bindet, die für andere Verkehrswegeprojekte fehlen. So werden die Bürgerinnen und Bürger nicht nur als Entscheidungsträger qualifiziert, sondern auch als Steuerzahler ernst genommen.

Sachliche Informationen sind hierzulande aber selbst der öffentlichen Hand nicht zwingend ein Anliegen. Die Stadt Wien etwa betreibt einen „Presse- und Informationsdienst“, der unter anderem auch Themen wie Stadtplanung, Wohnbau und Verkehr kommuniziert – wobei es niemandem aufstößt, dass sich der PID als „Medien-, Presse- und Werbeagentur“

verstellt, die „sowohl für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit als auch für die Imagepflege der Stadtverwaltung zuständig ist“.

Gleichzeitig haben in manche Dokumente der Stadtplanungsbehörde nicht einmal Gemeinderäte Einsicht – also Mitglieder des höchsten politischen Organs der Stadt, das sowohl die Stadtregierung als auch die Planungsverwaltung kontrollieren soll. Zugegeben: ein derartiges Amtsverständnis findet sich auch in anderen Bundesländern.

Amtsgeheimnis

Das Amtsgeheimnis will in Österreich freilich ernst genommen werden, steht es doch – ein absolutes Unikum unter allen alten EU-15-Staaten – sogar in der Verfassung. Während in Schweden die Verwaltungstransparenz bereits 1766, als das Land noch lange nicht demokratisch war, konstitutionell verankert wurde, und heute mit wenigen Ausnahmen alle Informationen und Dokumente, die von einer Behörde hergestellt oder empfangen werden, jedermann zugänglich sind – vom Gerichts- oder Steuerakt bis zu den